

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher M 8538. ::
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 7

Cöln, den 7. April 1917.

V. Jahrgang.

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Im preussischen Herrenhaus war vor einiger Zeit ein Gesetz über die Festsetzung der Entschädigung für die Abgeordneten abgelehnt und dabei Reden gehalten, die — nun wollen wir uns gelinde ausdrücken — von rund 90 Prozent des Volkes nicht verstanden werden können. So nebenbei wurde auch dem Reichskanzler gesagt, daß seine Politik, sein Verhalten gegenüber der breiten Masse des Volkes nicht angebracht und schädlich sei. Diesen Anlaß hat nun der Reichskanzler dazu benutzt, im preussischen Abgeordnetenhaus seine Meinung nochmals deutlich zu sagen.

Wie schon früher einmal im Reichstag, verwies er in seiner neuesten Rede auf die wunderbaren Leistungen unseres Volkes während des gegenwärtigen Krieges, den Lobspruch seiner Gelderlöblichkeit und erklärte, daß er zu diesem Volke, zu allen seinen Söhnen vollstes Vertrauen habe. Er bekundete den festen Entschluß, die Regelung des Arbeitsrechts und die Reform des Wahlrechts in Preußen durchzuführen. Die Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen soll vollberechtigt an der staatlichen Arbeit mitwirken können. Der Kanzler verwies dabei auch auf die ungeheuren Aufgaben, die dem ganzen Volke nach dem Kriege erwachsen. Warnend rief er aus: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, und versicherte, daß er sein Bestes daransetzen werde, die von ihm ins Auge gefaßten Reformen durchzuführen.

Der Reichskanzler hat so die Aufgaben der inneren Politik gezeichnet und kundgetan, daß er sich nicht abbringen lasse von dem einmal als richtig erkannten Standpunkte. Die Arbeitererschaft im besonderen kann ihm dafür nur dankbar sein, zumal angenommen werden darf, daß er damit auch den Vorstoß des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Gewerkschaften mit parieren wollte. Von besonderer Bedeutung ist seine Zusage hinsichtlich des Arbeiterrechts. Graf Dork v. Wartenberg hat sich nämlich in seiner merkwürdigen Rede indirekt gegen die Sozialpolitik ausgesprochen, indem er sagte: Das Hilfsdienstgesetz ist mißbräuchlich zur Durchsetzung von allerlei sozialpolitischen Postulaten benutzt worden. Er machte damit nicht nur den verbündeten Regierungen einen Vorwurf, daß sie dem zugestimmt, sondern auch dem Reichstag, der im Interesse der Hilfsdienstpflichtigen und Arbeiter die Einfügung dieser Postulate verlangt hat. Durch seine Ausführungen hat der Reichskanzler diese Vorwürfe zurückgewiesen und außerdem noch ausdrücklich erklärt: Der deutsche Reichstag hat wäh-

rend des Krieges dem Vaterlande, dem Volke Dienste geleistet, wie kein anderes Parlament der Welt. Der stenographische Bericht verzeichnet hier, wie an vielen anderen Stellen der Kanzlerrede: Stürmischer Beifall!

In der Tat verdient diese Rede unseres Reichskanzlers den vollen Beifall all derer, die die Zeichen der Zeit zu würdigen wissen und die klar erkennen, was im neuen Deutschland erforderlich ist. Wer da etwa glauben sollte, nach diesem Kriege könne wieder genau so weiter Politik auf allen Gebieten gemacht werden wie vorher, befindet sich sehr im Irrtum. Im neuen Deutschland muß auch der Arbeiterstand seinen Platz an der Sonne finden. Er läßt sich nicht länger mehr als Stiefkind behandeln. Wir gehen einer neuen Zeit entgegen, hat mit Recht Dr. Borjch den Rückschrittler im preussischen Abgeordnetenhaus entgegengerufen. Sowohl, wir gehen einer neuen Zeit, einem neuen Deutschland entgegen. In dieser neuen Zeit muß der Lohnarbeiterstand besser berücksichtigt werden wie in der alten, und im neuen Deutschland müssen seine Rechte wesentlich erweitert werden. Wahlrechte und Einrichtungen, die dem Lohnarbeiterstande nicht gerecht werden, passen in das neue Deutschland nicht hinein. Sie müssen verschwinden und durch bessere ersetzt werden. Die ganze Gesetzgebung und Verwaltung im neuen Deutschland muß von dem Gedanken durchdrungen sein, den Lohnarbeiterstand als ein vollberechtigtes Glied des deutschen Volkes überall zu seinem Rechte gelangen zu lassen. Nur dann kann auch er im neuen Deutschland seine wohlverdiente Heimstätte finden.

Wir freuen uns aufrichtig, daß wir in Deutschland einen Reichskanzler besitzen, der dem Lohnarbeiterstande im neuen Deutschland gerecht werden will. Hier liegt auch die Erklärung für die verschiedenen Angriffe, die bald offen und bald versteckt gegen den Kanzler gerichtet werden. Manchen einflussreichen Kreisen passen die vernünftigen politischen Wege nicht, die der Reichskanzler zukünftig gehen will; diese Kreise wollen die alten Wege weiter spazieren. Darum und nicht wegen der Scheingründe, die oft in den Vordergrund gehoben werden, wird der Reichskanzler aus einzelnen Kreisen heraus so sehr bekämpft. Die Lohnarbeiterschaft hat diese Sache längst durchschaut, und wird sich darum auch nicht beirren lassen. Die hochbedeutende Rede des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus hat ihren vollen Beifall gefunden. Was an uns liegt, muß alles geschehen, um im Sinne des Reichskanzlers auch diesem Stande im neuen Deutschland Licht, Luft und Freiheit zu verschaffen.

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelversorgung.

Wir haben in der vorletzten Nummer der Verbandszeitung die Eingaben wiedergegeben, die von den Gewerkschaftsverbänden aller Richtungen und der Arbeitsgemeinschaft der Angestellten-Verbände zur Frage der Lebensmittel-Versorgung an den Reichskanzler und an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes abgegangen sind. Daß diese Eingaben dem preußischen Landwirtschaftsminister nicht besonders gefallen würden, war vorauszusehen. Immerhin aber hätten wir es nicht für möglich gehalten, daß der Herr Landwirtschaftsminister die Eingaben in einer Weise abkanzeln würde, wie man es noch selten im preußischen Landtage gehört hat. U. a. bezeichnete er die Eingaben als Nachwerk.

Auf eine derartige Abkantung hätte dem Herrn Landwirtschaftsminister wirklich sofort eine gehörige Antwort gehört. Von der Rechten des Hauses unter Einschuß des Zentrums, wurde dieses jedoch unmöglich gemacht, indem von ihr beschlossen wurde, die Debatte zu schließen. So konnte Kollege Giesberts nur in einer persönlichen Bemerkung die Eingaben gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, als seien sie Nachwerk. Er stellte fest, daß die Eingaben geboren seien aus der Not der Zeit und aus der Verantwortung von Menschen, die sie mindestens so schwer trügen wie der Herr Landwirtschaftsminister. Mit den Angriffen gegen letzteren könne er sich jedoch nicht identifizieren.

Wir hätten nun gedacht, daß man bei einer späteren Gelegenheit dem Herrn Landwirtschaftsminister eine etwas deutlichere Antwort gegeben hätte. Leider ist das nicht geschehen. Zwar ist Kollege Giesberts vergangene Woche nochmals auf die Sache zurückgekommen, aber in einer Form, die uns auch als christliche Gewerkschaftler, das sei hier ausgesprochen, absolut nicht befriedigt hat. Die Anklagen der Gewerkschaften gegen den Landwirtschaftsminister sind keineswegs willkürlich erhoben, sondern beruhen auf Vorgängen, aus denen heraus sie mindestens verständlich sind.

Worauf beruhen denn die Anklagen der Gewerkschaften gegen den preußischen Landwirtschaftsminister? Hierzu kurz folgendes: Zunächst schien uns die bisherige Tätigkeit des Landwirtschaftsministers in den 32 Monaten Krieg wenig geeignet, eine erzieherische Wirkung auf die Landwirtschaft auszuüben in dem Sinne, wie es das allgemeine Pflichtbewußtsein heute erfordert. Gegen den von landwirtschaftlicher Seite immer wieder geforderten Preisanreiz ist das Landwirtschaftsministerium nicht nur nicht vorgegangen, sondern hat ihn selbst zum Maßstab seiner Beurteilung gemacht. Damit folgte es den Forderungen einseitiger landwirtschaftlicher Interessenvertretung, wie man sie schlimmer nicht denken kann. Eine derartige Haltung entspricht aber der heutigen Zeit durchaus nicht. Heute, wo Millionen Not leiden, ist unseres Erachtens mehr nötig, als wie das Mittel des höheren Preisanreizes. Da muß mit allem Nachdruck auf das allgemeine Pflichtbewußtsein hingewiesen werden. Man zeige uns dahingehende Erziehungsbestrebungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums. Sie sind einfach nicht vorhanden. Auf dieser Unterlassung beruht in der Hauptsache die Grundlage für die Anklagen der Gewerkschaften.

Dann sei noch auf folgendes hingewiesen: Die vielen Verordnungen, die für unsere Volksernährung notwendig wurden, machen uns gewiß keine Freude. Aber sie waren notwendig, und deshalb war es auch Pflicht für jedes Ministerium, Verständnis für die Notwendigkeit der Verordnungen und die Pflicht für ihre Durchführung zu wecken. Dieses ist nicht geschehen. Im Gegenteil, die Abneigung gegen die Verordnungen ist vom preußischen Landwirtschaftsministerium bei den Produzenten noch vermehrt worden. Was hat das preußische Land-

wirtschaftsministerium gegen die Veröffentlichung des Briefes von Oldenburg-Januschau durch den deutschen Landwirtschaftsrat unternommen, der geradezu verheerend unter den Produzenten und Verbrauchern gewirkt hat? Nichts ist dagegen unternommen worden. Die fortgesetzten Angriffe des Deutschen Landwirtschaftsrats, der „Deutschen Tageszeitung“ und sonstiger landwirtschaftlicher Organisationen gegen die vielen Verordnungen in unserer Ernährungspolitik hat das preußische Landwirtschaftsministerium ruhig passieren lassen. So konnte gar ein anderer Ausdruck aufkommen, als daß der preußische Landwirtschaftsminister mit diesem Vorgehen einverstanden war. Wir haben bisher auch nicht vernommen, daß der preußische Landwirtschaftsminister einer gesunden Preispolitik in die Hände gearbeitet hätte. Dem Widerstand gegen die Höchstpreise ist von ihm nicht entgegengetreten worden.

Die Verbraucher sind seit über zwei Jahren für eine vernünftige Preisrelation eingetreten. Verständnis und Unterstützung haben sie nicht gefunden, auch nicht beim preußischen Landwirtschaftsministerium. Nachdem jetzt der Präsident des Kriegsernährungsamtes für einen vernünftigen Preisausgleich eintritt, werden im preußischen Landwirtschaftsministerium wieder Bedenken gegen die Herabsetzung der Viehpreise erhoben. Als der konservative Abgeordnete von Kardorff einen Kartoffelpreis von 8 M für die nächste Ernte forderte, hat der Landwirtschaftsminister sich mit keinem Wort gegen einen derartig unsinnigen Preis gewandt. In seiner Abgeordnetenhausrede im Dezember v. J., als er auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zuckerrüben hinwies, tat er dies unter einem Appell an die Verbraucher, die Opfer zu bringen hätten. Einen ähnlichen Appell haben wir ihn an die Produzenten noch nicht richten hören. Noch nie hat er sich gegen eine Forderung der Produzenten, die eine preiserhöhende Absicht in sich bergen, gewandt, ebenso nicht gegen die inneren Widerstände gegen unsere Ernährungspolitik. Er hat die Politik des Preisanreizes konsequent verfolgt, und darauf beruht der Vorwurf der Gewerkschaften, daß das Landwirtschaftsministerium sich schützend vor die privatwirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft stelle.

Mit dieser paar Feststellungen wollen wir es für heute beenden lassen. Hoffentlich bekommt der Herr Landwirtschaftsminister das im Reichstage bei passender Gelegenheit gesagt, was ihm eigentlich im preußischen Abgeordnetenhaus hätte gesagt werden müssen.

Konferenz der Gewerkschaften im Kriegsernährungsamt.

Auf Grund der von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt gerichteten Eingaben zur Reform unserer Lebensmittelversorgung fand im Kriegsernährungsamt eine mehrstündige Konferenz statt, an der neben Vertretern der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände die Vorsitzenden des Kriegsernährungsamtes und des Kriegsamtes Erzellenz von Batocki, General Gröner und Unterstaatssekretär Michaelis teilnahmen. In der eingehenden Aussprache verwiesen die Arbeitervertreter auf die zutage getretenen schweren Mängel unserer Volksernährung. Sie wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß es den Verordnungen des Kriegsernährungsamtes an der erforderlichen Durchführung fehlt, wodurch der Schleichhandel und sonstige Mißstände sich erst in dem heutigen Umfange entfalten konnten. Eine Verbindung des Kriegsernährungsamtes mit dem Kriegsamt scheine ihnen zur Herbeiführung einer besseren Exekutive unbedingt notwendig. Die heutige ungleiche Verteilung führe zu starker Verbitterung der Verbraucher. Wenn alle gleich hungern müßten, würden die Beschwerden leichter getragen wie heute. Dem unrechtmäßigen Verbrauch unserer Lebensmittel, zum Bei-

spiel der Verfütterung, müsse mit stärksten Mitteln entgegengetreten werden. Die noch vorhandenen Lebensmittel seien auf schnellstem Wege in die öffentliche Hand zu bringen, um sie gegen unrechtmäßigen Verbrauch sicher zu stellen. Die Organisation zur Erfassung der Produktion müßte gründlich durchgebildet werden, ebenso die Rationierung. Der vorhandenen Unzufriedenheit müsse durch gründliches Zufassen gesteuert werden. Ex. Gröner wies darauf hin, daß das Kriegsamt bereits heute in innigster Verbindung mit dem Kriegsernährungsamt stehe. Es habe seine Vertretung im Vorstand des Kriegsernährungsamts und sei zu jeder Unterstützung der Maßnahmen des Kriegsernährungsamts bereit, zu der es aufgefordert werde. Weitere Aufgaben zu übernehmen wäre das Kriegsamt jedoch nicht in der Lage, da sein heutiger Aufgabenkreis bereits so umfangreich sei, daß alle verfügbaren Kräfte davon in Anspruch genommen würden. Unterstaatssekretär Michaeli erklärte, daß über die Getreidebestandsaufnahme noch keine endgültigen Resultate vorlägen. Ueber die Kartoffelbestandsaufnahme, die am 1. März stattfand, könne auch noch keine vorläufige Uebersicht gegeben werden. Man dürfe sich jedoch keiner Illusion über die vorhandenen Vorräte hingeben. Die Bestände seien knapp, aber es würde alles geschehen, um die vorhandenen Bestände für die Volksernährung zu sichern. Auf dem Gebiet der Milch-, Butter- und Eierbelieferung sei in der nächsten Zeit eine Besserung zu erwarten, da einerseits eine Steigerung der Produktion dieser Lebensmittel zu erwarten sei, andererseits eine durchgreifendere Organisation zu ihrer besseren Erfassung im Werden begriffen ist. Dem Schleichhandel werde mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten werden. Eggellenz v. Batocki teilte mit, daß in der nächsten Zeit die aufgestapelten Vorräte an Lebensmitteln wie Teigwaren und Grütze, sowie Sauerkraut in größeren Mengen zur Verfügung gestellt würden. Auch eine Erhöhung der Fleischration sei für die schwierigsten Monate in Aussicht genommen. Bezüglich einer besseren Kartoffelversorgung konnte er keine Zusicherungen geben. Die in den Mieten etwa erfrorenen Kartoffeln sollen auf dem Wege der Trocknung der menschlichen Ernährung erhalten bleiben. Die in den einzelnen Gebieten noch lagernden Rohrüben, die infolge Verkehrserschwierigkeiten nicht angeliefert werden konnten, sollen ebenfalls herangeschafft werden. Die Kartoffellieferung hat durch den ungewöhnlichen Frost im März eine weitere Erschwerung erfahren. Bezüglich der Preisankerbpolitik erklärte Eggellenz v. Batocki, daß man ohne einen gewissen Preisreiz nicht auskomme. Er hoffe jedoch, daß mit der angestrebten Preisrelation eine Basis gefunden werde, die die bisher zutage getretenen Mängel beseitige. Die Arbeitervertreter erörterten eingehend die gegen den Landwirtschaftsminister erhobenen Anklagen. Sie verwiesen vor allem darauf hin, daß sie eine moralische Beeinflussung der Landwirtschaft seitens des Landwirtschaftsministeriums vermiften. Freiherr von Falkenhäusen nahm das Landwirtschaftsministerium dagegen in Schutz, es habe nur im Verbraucherinteresse seine Maßnahmen getroffen. Die Steigerung der Produktion wäre gegenwärtig die Hauptsache. Von den Arbeitervertretern wurde letzteres nicht bestritten, bezüglich der Mittel, die zu diesem Ziel führen, nahmen sie jedoch einen anderen Standpunkt ein. Als Ergebnis der Aussprache kann angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt, das Kriegsamt und der neue Staatskommissar für Preußen alles zu tun bereit sind, um die vorhandenen Ungleichheiten und Mängel unserer Volksernährung beseitigen zu helfen, soweit wie dieses nach menschlichem Ermessen und den vorhandenen Mitteln möglich ist.

Aus unseren Berufen.

Eingaben um Erhöhung der Steuerzuschläge wurden in den letzten Wochen eingereicht bei den Stadtverwaltungen in Aachen und Bonn. In Aachen wurde daneben noch die Einführung von Arbeiterausschüssen in allen städtischen Betrieben gefordert. Selbstverständlich ist nichts unversucht gelassen, die maßgebenden Herren von der Notwendigkeit der gewünschten Maßnahmen zu überzeugen, so daß die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit den Wünschen Rechnung getragen wird, nicht unberechtigt ist.

In der Stadtverordnetenversammlung am 28. März in Bonn kam die Angelegenheit zur Sprache. Es wurde eine Erhöhung der Zuschläge bewilligt, worauf wir in der nächsten Nummer näher eingehen werden.

Die Schaffnerinnen der Kölner Straßenbahn haben durch den Arbeiterausschuß und in einer Eingabe des Verbandes an die Stadtverwaltung beantragt: Freigabe des achten Tages als Ruhetag, unter Fortzahlung des Lohnes für sämtliche Ruhetage.

Erhöhung der Steuerzuschläge an die Handwerker, Heizer und Hausangestellte der Königl. Charité in Berlin wünscht eine Eingabe an die zuständige Direktion dieses staatlichen Instituts. Die bisherige Erhöhung des Lohnes um 25 Mark pro Monat, wodurch die Löhne auf 155 bis 165 Mark und für Ledige, die Wohnung und Verpflegung im Institut haben auf 40 bis 50 Mark stiegen, reicht nicht mehr aus, um auch nur einen geringen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung zu bieten. Ganz ungenügend ist in diesem Institute, wie auch bei den anderen staatlichen Instituten die Versorgung der Invaliden. Vor uns liegt ein Gesuch eines Angestellten eines Museums, der 79 Jahre alt, seit 40 Jahren dort beschäftigt, um Bewilligung einer monatlichen Unterstützung von 50 Mark, welches aber abgelehnt wurde, da angeblich aus einer Stiftung nur 25 Mark bewilligt werden können. Mit 25 Mark Unterstützung und 17 Mark Altersrente kam in Berlin kein Mensch mehr auskommen. Wir dürfen wohl mit Recht annehmen, daß der Staat auch für seine altgedienten Angestellten noch ein paar Mark übrig hat, wenn nur der richtige Weg eingeschlagen wird. Anderenfalls hätte der Ausspruch „Staatliche Betriebe sollen Musterbetriebe“ aus höchstem Munde seine Bedeutung verloren. Von seitens des Verbandes sind daher die geeigneten Schritte unternommen, um hier eine Milderung herbeizuführen.

Rundschau.

Auszeichnungen. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen: Friedrich Schmitz, Mitglied der Ortsgruppe Köln und Karl Bender, Mitglied der Ortsgruppe Baden-Baden.

Unseren herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Mehr Waffen und Munition! Der jetzige Krieg ist zu einem Krieg der Maschinen geworden. Das hat besonders die Schlacht an der Somme im verfloffenen Sommer gezeigt. Militärisch sind die Gegner uns nicht gewachsen. Gegen die Tüchtigkeit unserer Heeresleitung, gegen die Geschlossenheit unserer Truppen können die Feinde nicht ankommen. An diesen Eigenschaften unseres Heereswesens ist die zahlenmäßige Ueberlegenheit unserer Feinde zerschellt. Nun per-

Kollegen: Die Werbearbeit darf nicht erlahmen.

suchten die Gegner schon im Vorjahre durch einen geradezu fabelhaften Aufwand von Waffen und Munition die deutsche Eisenlinie zu zerbrechen. Es ist ihnen nicht gelungen. Das Aufgebot an Waffen und Munition und all den tausend Dingen des Kampfes wird jetzt im Endkampfe noch weit größer sein. Da heißt es für uns: Alle Kräfte darangesetzt, daß wir in diesen schicksalsschweren Wochen und Monaten unter allen Umständen mit dem nötigen Maß von Kampfmitteln versehen sind. Kommt zu unserer sonstigen Ueberlegenheit auch die Ueberlegenheit auf diesem Gebiete, so werden wir den Feinden nicht nur standhalten im Kampfe, sondern sie auch endgültig besiegen und den Frieden erzwingen.

Wir können auch auf dem Gebiete der Bewaffnung dem Feinde die Spitze bieten. Unsere Technik hat sich nicht nur zu Beginn des Krieges dem Gegner überlegen gezeigt, sondern hat auch mitten im Kampfe noch gewaltige Fortschritte gemacht. Wenn wir diese technischen Errungenschaften in genügendem Maße durchführen, so werden wir auch das Uebergewicht in der Bewaffnung über den Feind erzielen. Dazu aber ist unter allen Umständen notwendig Geld und nochmals Geld. Darin liegt vor allem die Bedeutung des Ausfalles der Kriegsanleihe. Je größer die Summen sind, die wir dem Reiche in der Kriegsanleihe zur Verfügung stellen, desto gewaltigere Kampfmittel können hergestellt werden zum Schutze unseres Heeres und zur Niederringung der Feinde. Die Milliarden verwandeln sich in Riesengeschütze, in Maschinengewehre, Flugzeuge, Luftschiffe und nicht zuletzt in U-Boote. An dieser Ausrüstung unserer tapfern Streiter zu Lande, zur See und in der Luft beteiligt sich jeder, der sein Geld dem Reiche zur Verfügung stellt in der Kriegsanleihe, gleichviel, ob er wenig hat oder viel geben kann. Sollte da einer von uns zurückbleiben, wenn er sich sagt, daß er mit seinen ersparten Geldern den kämpfenden Truppen die Waffen schmieden hilft zur Bedienung des Kampfes? Nein, wir alle wollen nach besten Kräften dafür sorgen, daß unser Heer im Entscheidungskampfe mit den besten Waffen vollausgerüstet ist, um auch den letzten Sturm zu bestehen. Das sei unser Dank gegen unsere braven Truppen, die mit Leib und Leben geschirmt die deutsche Heimat, geschirmt den deutschen Herd.

Weitergewährung der Kriegsfamilien-Unterstützung. Der Bundesrat hat eine Verordnung vom 3. Dezember 1916 erlassen, wonach alle vom Seeresdienst entlassenen Mannschaften nach dem Tag ihrer Entlassung noch für einen halben Monat die Kriegsfamilienunterstützung für ihre Angehörigen erhalten müssen. Diese außerordentliche Unterstützung können alle beanspruchen, die nach dem 1. Dezember 1916 entlassen worden sind und ferner entlassen werden.

Erlaß des Kanzlers über die Familienunterstützung.

Ein Erlaß des Reichskanzlers über die Gewährung der Familienunterstützung an Bedürftige stellt einige bemerkenswerte Grundsätze auf. Danach kann Frauen die Unterstützung entzogen werden, wenn sie eine ihnen angemessene Arbeit verweigern. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Lieferungsverbände bei Frauen, die ihre Pflicht in jeder Weise tun, und womöglich trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse sich durch ihrer Hände Arbeit noch etwas hinzuerwerben, nicht engherzig zu verfahren haben. Die Familienunterstützung wird ihnen nicht etwa mit Rücksicht auf den Arbeitslohn ohne weiteres entzogen oder gekürzt werden dürfen. Bei Berücksichtigung der schwierigen Ernährungsverhältnisse und teureren Lebensbedingungen

wird sie ihnen vielmehr auch im Interesse der besseren Ernährung der Kinder im wesentlichen auch dann zu belassen sein, wenn eine Bedürftigkeit nicht ganz zweifellos vorliegen sollte. Die Lieferungsverbände werden daher die Frage, ob bei Uebernahme von Arbeit die Familienunterstützung ganz fortfallen oder gekürzt werden kann, nach Lage der gesamten Verhältnisse prüfen müssen. Allgemeine Anordnungen lassen sich in dieser Hinsicht nicht treffen, zumal auch bei der Gewährung von Zusatzunterstützungen in den einzelnen Lieferungsverbänden ganz verschieden verfahren wird. Als Grundsatz wird für alle Lieferungsverbände gelten können, daß von dem Arbeitsverdienst der Kriegerfrauen bei Prüfung der Bedürftigkeit ein Teil, vielleicht 50 v. G. überhaupt außer Betracht zu lassen ist. Auch wird noch zu beachten sein, daß, falls eine Frau gezwungen ist, außerhalb ihres Wohnortes Arbeit zu nehmen und somit doppelten Haushalt zu führen hat, ihr dadurch auch besondere Unkosten erwachsen. Für diese Fälle würde der bezüglich der zur Arbeit entlassenen Seerespflichtigen aufgestellter Grundsatz, daß die dadurch entstehenden Mehrkosten mit 2 Mark für den Tag in Ansatz zu bringen sind, zur Richtschnur genommen werden können. Es wird den Lieferungsverbänden zur Pflicht zu machen sein, auf der einen Seite alle Härten zu vermeiden, andererseits auch wirklich da einzuschreiten, wo tatsächlich unberechtigte Arbeitsverweigerungen festgestellt sind.

Steuerfreiheit der Teuerungszulagen und Steuerverlichterung fordert der christliche Metallarbeiterverband in einer Eingabe an das preußische Abgeordnetenhaus. In Vorschlag wird gebracht:

1. Steuerfreiheit für die gewährten Teuerungszulagen;
2. Nichteinziehung des durch Ueber- und Nebenschicht verdienten Lohnes zum steuerpflichtigen Einkommen;
3. Heraufsetzung des von der Staatssteuer freibleibenden Existenzminimums;
4. Erweiterung des Kinderprivilegs.

Diesen Forderungen ist eine eingehende Begründung beigefügt, die die augenblickliche Notlage der Arbeiterschaft in den Vordergrund stellt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Entlohnung der Minderleistungsfähigen in Köln.

Gelegentlich der Neuordnung der Lohnbezüge der Kriegsinvaliden, wurden auch die Bestimmungen über Entlohnung der Unfallverletzten einer Revision unterzogen. Danach sind Unfallverletzte und die infolge einer sogenannten Berufskrankheit minderleistungsfähige Gewordene weiter zu beschäftigen und erhalten, abzüglich der Unfallrente ihren alten Lohn weiter. Den aus andern Ursachen dagegen minderleistungsfähig Gewordenen soll, sofern ihr Lohn pro Tag 5 M nicht übersteigt dieser weiter gezahlt werden, sonst aber dieser Satz als Höchstlohn gelten, aber nur dann, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, ihre alte Stelle weiter zu versehen und ihnen eine sogenannte leichte Beschäftigung zugewiesen werden muß.

Im allgemeinen kann diese Regelung als gut und vom sozialen Gedanken getragen bezeichnet werden, was aber nicht die Möglichkeit von Härten für Einzelne ausschließt. Es kommt darauf an, was eigentlich unter „Berufskrankheiten“ und „leichtere Beschäftigung“ zu verstehen ist, und wie die einzelnen

Dienststellen diese Begriffe auslegen. Für einzelne Betriebe, wie zum Beispiel die Bahnen, gibt es keine Berufskrankheiten, wie zum Beispiel die Bahnen, gibt es keine Berufskrankheiten, Lungenkrankheiten für Steinhauer usw. Die mehr oder weniger große Schwächung der Gesundheit, infolge der Unregelmäßigkeit der Nahrungsaufnahme, der Unbilden der Witterung, denen die Vah.:er ständig ausgesetzt sind, Schwächung der Sehkraft usw. wird von den Ärzten durchweg nicht als Berufskrankheit aufgefaßt. Können diese Leute nun den früheren Fahrdienst nicht mehr verrichten und werden als Bote, oder Schreibgehilfe usw. weiter beschäftigt, gilt der Höchstsatz von 5M als Tageslohn. Ihr Einkommen reduziert sich dadurch gegenüber dem früheren Höchstslohn um zirka 30M pro Monat. Es dürfte sich daher empfehlen, wenn der Begriff „Berufskrankheit“ etwas weitherziger aufgefaßt würde, und alle Erkrankungen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auf die Berufstätigkeit zurückzuführen sind, als Unfall angesehen würden.

Auch der Begriff „leichtere Beschäftigung“ dürfte öfters eine andere Auslegung erfahren. Bei der Straßenbahn werden Leute, die nicht mehr im Fahrdienst beschäftigt werden können, oder dürfen, als Schreibgehilfe, Bote, Kassenbote usw. zum Höchstslohn von 5M pro Tag verwandt. Dagegen erhalten gesunde Schaffner und Fahrer, die aushülfswweise Schreibhülfe leisten, eine Zulage von 1M pro Tag zu ihrem Lohne. Schreibgewandte Arbeiter, die ständig auf den Bureaus beschäftigt werden, erhalten 5,75M als Höchstslohn. Boten beziehen ein Monatsgehalt von 125 bis 185M. Die zuletzt Genannten beziehen daher durchweg ein höheres Einkommen wie 5M pro Tag. Es wäre daher zu prüfen, inwieweit sich die jetzige Tätigkeit, der in ihrem alten Berufe nicht mehr verwendungsfähigen Leute, mit der Arbeitsleistung dieser genannten Arbeiterkategorien vergleichen läßt, und sie demgemäß zu entlohnen, um berechnete Härten zu vermeiden. Einer Aenderung der bisherigen Bestimmungen bedarf es nicht, nur eine etwas wohlwollendere Auslegung seitens der einzelnen Dienststellen. Nur den Arbeiteraussschüssen müsse die Befugnis gegeben werden, als Vertreter der Kriegs- und Unfallverletzten, sowie der sonstigen Minderleistungsfähigen, deren Interessen, auch, wenn es sich in konkreten Fällen nur um einzelne Personen handelt, wahrzunehmen.

Aus den Ortsgruppen.

Cöln Straßenbahner. In den verfloffenen Wochen fanden für die Angestellten fast sämtlichen Bahnhöfe Versammlungen statt, die zum Teil, insbesondere von den weiblichen Angestellten, sehr stark besucht waren. Zur Tagesordnung stand in allen Versammlungen die Ruhetage und Entlohnung der Schaffnerinnen. Dieselben wurden zunächst nur auf den Beiwagen zum Dienst herangezogen, und zwar für acht Stunden täglich. Mit den weiteren Einziehungen der männlichen Angestellten wurden sie mit der Zeit aber zum Teil auch als Fahrerinnen und Schaffnerinnen des Triebwagens ausgebildet und verwandt.

Damit rückten sie in den Dienstplan der männlichen Angestellten ein und mußten dann den durchschnittlich 9½stündigen täglichen Dienst verrichten, wofür ihnen 1½ Ueberstunde vergütet wurde. Als Ruhetag war ursprünglich in Rücksicht auf die achtstündige Dienstzeit der 15. Tag vorgesehen, der aber nicht bezahlt wurde. Ohne Zweifel ist die Freigabe von nur zwei Ruhetagen im Monat, auch bei achtstündigem Dienst, zu wenig. Insbesondere in Berücksichtigung dessen, daß ein Teil der weiblichen Angestellten auch noch die Pflichten einer Frau und Mutter zu erfüllen haben. Unter den jetzigen Kriegsumständen

kann aber auf die Mitarbeit dieser Frauen im Wirtschaftsleben nicht verzichtet, wohl aber soll den besonderen Bedürfnissen dieser Personen weitgehendst Rechnung getragen werden. Die Kolleginnen sind sich daher dahin einig geworden, zu verlangen, in Bezug auf Ruhetage und deren Durchbezahlung mit den männlichen Angestellten gleichgestellt zu werden, und beauftragen den Arbeiteraussschuß, diesen Wunsch der Direktion, und den Verband, ihn der Stadtverwaltung zu unterbreiten, welches inzwischen geschehen ist und demnächst wohl zur Behandlung kommen wird.

Der Obmann des Arbeiteraussschusses, Kollege Heß, berichtete sodann über die Neuregelung der Entlohnung der Kriegsverletzten, die, von einigen sich wohlmöglich ergebenden Härten für einzelne Kollegen abgesehen, im Allgemeinen als ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen sei. (Wir verweisen hier auf den Bericht in Nr. 5 unseres Organs.) Der Bericht über die letzte Arbeiteraussschußsitzung ergab sodann, daß der Ausschuß einen Antrag eingebracht hat: Die Stadtverwaltung möge, in Anbetracht der weiteren Verteuerung der Lebenshaltung, für die die gewährten Familienzulagen auch keinen mehr annähernd entsprechenden Ausgleich böten, durch Gewährung einer einmaligen erheblichen Zulage ihre Arbeiter und Angestellte über die gegenwärtige schwere Zeit hinweg zu helfen versuchen. Von verschiedenen älteren Kollegen wurde dann noch der Wunsch ausgesprochen, die jüngeren Kolleginnen möchten doch etwas Selbsterziehung üben in ihrem eigenen Interesse. Wer sich in den Straßenbahnbetrieb, der mit einem Ueberwerk verglichen werden könne, hineinstelle, müßte auch, gleich der Räder, mitlaufen. Das Zuspätkommen, oder gar das gänzliche Ausbleiben an den Ablösungsstellen, störe den Betrieb ganz erheblich und führe zu einer Ueberlastung der Angestellten. Im Behinderungsfalle müsse unter allen Umständen frühzeitig genug Bescheid gegeben werden, um noch Ersatz schaffen zu können. Nicht gegeneinander, sondern mit- und füreinander müsse das gesamte Personal arbeiten, um sich gegenseitig den Dienst zu erleichtern.

Zum Schluß berichtete sodann der Kollege Fickmann über die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Die großen Entbehrungen müßten gebracht werden, um die ganze Zukunft unserer Nation nicht zu gefährden. Aufgabe der Organisation sei es, und in diesem Sinne wirkten sie unermüdet, die Entbehrungen auf alle Schultern gleichmäßig zu verteilen. Durchhalten und Aushalten wäre eine unerbittliche Notwendigkeit, ohne dem es keinen sozialen Aufstieg der Arbeiter und Angestellten geben könne.

Der gute Verlauf der Versammlungen, getragen von dem ernstesten Geiste der schweren Zeit, boten den augenscheinlichen Beweis von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses auch in der Kriegszeit. Praktische Arbeit zum Wohl der Kollegen ist bisher geleistet und dabei wird es in Zukunft bleiben. Die beste Bürgschaft hierfür gibt uns die rege Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an allen in Betracht kommenden Fragen.

Arbeiterbewegung.

Die „Wirtschaftsfratzen“, wie die von den Scharfmachern und sonstigen Unternehmern durchgehaltenen Organisationen genannt werden, — die farbige Bezeichnung ist im Zeichen des Burgfriedens nicht mehr gestattet — sind mächtig erboßt und schimpfen jetzt wie die Mohrspäßen. Die Gewerkschaften aller Richtungen mußten es aus Selbstachtung, im Interesse der Arbeiter und Angestellten entschieden ablehnen, diese als Vertreter der Arbeiter und Angestellten anzuerkennen und sie zur

Mitarbeit in wirtschaftlichen und sozialen Fragen heranzuziehen. Gelegentlich des Kongresses für Kriegszufuhr in Köln traten die Organisationen der Arbeiter und Angestellten mit einer ziemlich deutlichen Absage an die „Wirtschaftsfriedlichen“ in die Öffentlichkeit. Obgleich sich die Vertreter der Großindustrie sehr energisch für sie ins Zeug gelegt haben, gelang es ihnen nicht, ihre Vertreter in die Instanzen zur Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes hineinzubringen. Allen Beschwerden hierüber konnten wir antworten; wenn die Arbeitgeber so ein großes Gewicht auf die Mitarbeit ihrer Schützlinge in diesen Instanzen legen, mögen sie doch selbst diese Leute als Vertreter der Arbeitgeber hineinbringen, da sie als Arbeitervertreter nicht anerkannt würden, gleichmäßige Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aber im Gesetz festgelegt sei. Darüber nun erregt Zeter und Mordio in der ganzen Scharfmacher- und: — nun, da hätten wir bald gelben Presse geschrieben — Gewerkschafts- und Arbeiterpresse. Nöndern kann nun dieses an den Tatsachen nichts mehr. Insbesondere kann es die Rückwärtsentwicklung ihrer Bewegung nicht mehr aufhalten. Bei der Weltfirma Krupp in Essen fand in den letzten Wochen die Arbeiterauswahl nach dem Hilfsdienstgesetz statt. Auf die gemeinsame Liste der Gewerkschaften entfielen 42904 Stimmen, auf die Werksvereinsliste dagegen noch nicht der zehnte Teil, 4193. Gegenüber der letzten Arbeiterauswahl im Jahre 1914 bei der Firma Krupp, die zum Vergleich herangezogen werden kann, da sie sich unter ungefähr den nämlichen Voraussetzungen vollzog, konnten sich die Stimmen der Gewerkschaften fast verdoppeln, von 21433 auf 42904, die Zahl der für die Werksvereinsliste abgegebenen Stimmen dagegen sank von 5320 auf 4193. Mit der Hauptaufgabe von der wachsenden Bedeutung dieser farbigen Bewegung ist es demnach nichts. Nur schade um die vielen Millionen, die, für soziale Zwecke verwandt, manches Gute hätten stiften können, so nutzlos in dieser Bewegung zerronnen sind.

Gewerkschaftsfragen im Herrenhaus.

Graf von und zu Hoensbroech hat sich beurlaubt gesehen, eine lange Rede für die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine und gegen die selbständigen Gewerkschaften zu halten. Mit der Regierung war der Redner sehr unzufrieden, weil sie angeblich die Kampfvereine bevorzugt und die Selbständigen an die Wand drückt. Besonders heftig wurden die christlichen Gewerkschaften angegriffen. Soweit die Person des Redners und sein Heiner Anhang in Frage kommt, würden diese Angriffe die christlich-organisierten Arbeiter vollständig kalt lassen. Um aber einer Legendenbildung in der Öffentlichkeit vorzubeugen, müssen einige Behauptungen des Herrn Grafen zurückgewiesen werden. Nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung Nr. 316, 1917, hat er gesagt, es könne nicht oft genug betont werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz stehen zu der Lehre des Stellvertreters Christi auf Erden. Damit hat sich Graf von und zu Hoensbroech über den Papst und über das kirchliche Lehramt der katholischen Kirche gestellt, denn von dieser Seite liegt keinerlei Entscheidung vor, die die Behauptung des Herrn Grafen stützen könnte. Ferner hat Graf Hoensbroech als Gegenstück zu der von ihm zugegebenen Tatsache, daß die Wirtschaftsfriedlichen von den Unternehmern unterstützt würden, behauptet, auch die christlichen Gewerkschaften hätten wiederholt Unterstützungen von Unternehmern angenommen. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Im Interesse von Wahrheit und Klarheit fordern wir den Herrn Grafen von und zu Hoensbroech auf, den Vorwurf dafür zu erbringen. Im andern Falle muß er sich den öffentlichen Vorwurf gefallen lassen, daß er entweder leichtfertig oder bewußt eine unwahre Behauptung aufgestellt habe. In der breiten Öffentlichkeit wird es unbekannt sein, welche Beweggründe den Grafen Hoensbroech dazu

treiben, die Wirtschaftsfriedlichen in dieser Weise zu begünstigen und die christlichen Gewerkschaften zu bekämpfen. Graf Hoensbroech ist Vorsitzender der Deutschen Vereinigung, einer überlebten Organisation, von deren einst hochgestellten Zielen nur noch die enge Verquickung mit der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung übrig geblieben ist. In näher eingeweihten Kreisen ist es nicht unbekannt, daß die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung der Deutschen Vereinigung zum Teil aus großindustriellen Quellen herrühren. Damit sind die Verbindungsfäden zwischen der Deutschen Vereinigung und den wirtschaftsfriedlichen Vereinen zur Genüge aufgedeckt. Im übrigen mag sich Herr Graf von und zu Hoensbroech gesagt sein lassen, daß er für eine sehr schlechte und verlorene Sache kämpft. Die Gewerkschaften werden ihren Weg machen, trotz Großindustrie, Deutscher Vereinigung und wie die Kreise heißen mögen, die sich dazu vereinigt haben, den Aufstieg der Deutschen Arbeiterschaft zu unterbinden.

Verbandsnachrichten.

Vom 4. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Düsseldorf Str., Köln (Fuhrpark), Cleve, Paderborn, Berlin, Birmasenz, Weiden und München. Geld ohne Abrechnung sandte ein die Ortsgruppe Bittriching.

Mit dieser Nummer des Organs gelangen die Abrechnungsbögen für das 1. Quartal 1917 zum Versand. Die Kassierer der Ortsgruppen werden ersucht, sich diese beim Zeitungsempfänger abzuholen.

Der Zentralvorstand.

J. M.: Heinr. Eichmann.

Gedenktafel.

Gestorben ist der Kollege
Heinrich Kerp, Köln.
Ehre seinem Andenken!



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere lieben Kollegen
Heinrich Heimann
Mitglied der Ortsgruppe Köln Straßenbahner.
Valetin Forster,
Mitglied der Ortsgruppe Amberg.
gefallen am 19. 9. 16 in Rußland.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.